

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 70  
Telefax 032 627 22 75  
kanzlei@sk.so.ch  
www.so.ch

## **Medienmitteilung**

### **Ja zum Postgesetz**

**Solothurn, 3. Juni 2008 – Der Regierungsrat befürwortet in seiner Stellungnahme an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) grundsätzlich die Totalrevision des Postgesetzes und des Postorganisationsgesetzes. Im Interesse einer guten Grundversorgung spricht er sich dafür aus, dass für die Schweizerische Post die gleichen Rahmenbedingungen und unternehmerischen Freiheiten gelten, wie für die übrigen Anbieter.**

Der Regierungsrat unterstützt den Bundesrat in seiner Politik der schrittweisen Öffnung des Postmarktes. Die bisherige kontrollierte Marktöffnung betrachtet er als gelungen. Die gesteckten Ziele konnten erreicht werden. Nun scheint der Zeitpunkt einer vollständigen Liberalisierung des Postmarktes gegeben zu sein. Von der weiteren Öffnung des Postmarktes verspricht sich der Regierungsrat insbesondere eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz und sieht auch eigene Vorteile als Grosskunde der Post. Um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern verlangt er, dass für alle Marktteilnehmer die gleich langen Spiesse gelten müssen.

Der Regierungsrat beobachtet die Entwicklung der Post mit grossem Interesse und unterstützt sie in ihren Bestrebungen sich betriebswirtschaftlich auszurichten. Er zeigt dabei auch grosses Verständnis für die Restrukturierungsmassnahmen beim Poststellennetz. Diese müssen aber eine flächendeckende

und qualitativ hochstehende Grundversorgung gewährleisten und sich an den Kundenbedürfnissen orientieren.

Bei der Marktöffnung handelt es sich um eine politisch äusserst sensible Frage. Der Regierungsrat fordert deshalb, dass beim Umsetzungskonzept ein bedachtes Vorgehen gewählt wird, um nicht die weitgehende Liberalisierung des Postmarktes zu gefährden oder zumindest massgeblich zeitlich zu verzögern.

Im Allgemeinen befürwortet er aber die vorgestellte Ausgestaltung der Grundversorgung sowie deren Finanzierung. Grundsätzlich spricht er sich dabei für kostendeckende Preise der Grundversorgung aus.